

Bonner Gesetze im Monopolinteresse

In jedem imperialistischen Staat, auch in der BRD, in dem objektiv der Klassenantagonismus existiert, ist letztlich nur Recht, was der herrschenden Klasse dient. An dieser Tatsache ändert sich nichts, auch wenn in der BRD die Sprecher der staatserhaltenden Parteien, der Regierung und die imperialistischen Massenmedien aller Schattierungen noch soviel von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit reden. Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter, Berufsverbote gegen Linkskräfte und Verbotsdrohungen gegen Kommunisten sind nur einige Beispiele, die offen zeigen, was sonst unter einem Schwall schöner Worte verborgen wird: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen nur auf dem Papier. Sie haben in der BRD allein für diejenigen Gültigkeit, die die ökonomische und politische Macht repräsentieren, für diejenigen, die die Gesetze machen.

Interessenvertreter der Konzerne beherrschen den Bundestag

Alle wichtigen Gesetze der BRD werden vom Bundestag verabschiedet. Aber dieses Parlament, diese Legislative, ist keine „Repräsentation des ganzen Volkes“. Denn die im Bundestag vertretenen politischen Parteien sind samt und sonders Stützen und Verteidiger der monopolkapitalistischen Eigen-

Grundsätzlich kann gesagt werden, daß die Mehrheit des Volkes noch nie in der BRD nach ihrer Meinung zu den Gesetzen, nicht einmal zu den wichtigsten, befragt worden ist. Sie kann keinen Einfluß auf deren Zustandekommen, auf deren Ausgestaltung nehmen. So ist es unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen in der BRD undenkbar, daß etwa über die vorgesehene Schaffung eines Arbeitsgesetzbuches, die Neufassung des Ehe- und Familienrechts oder die geplanten Verfassungsänderungen eine breite Volksdiskussion stattfindet, in der jeder Bürger seine Vorschläge erbringen kann.

Deshalb ist die Frage danach, wer eigentlich die Gesetze in der BRD macht, höchst aktuell und aufschlußreich. Denn derjenige, der sie macht, will durch sie seine Interessen gewahrt wissen.

turns-, Ausbeutungs- und Machtverhältnisse.

Der DKP aber, der Partei der Arbeiterklasse, wird mit Hilfe des Antikommunismus, durch Verbotsdrohungen und undemokratische Prozentklauseln die politische Tätigkeit erschwert.

Dieses Parlament ist auch der

personellen Zusammensetzung nach keine Interessenvertretung des werktätigen Volkes. Das zeigt sich besonders deutlich am gegenwärtigen 7. Bonner Bundestag. Nach Angaben westdeutscher Publikationsorgane setzt er sich wie folgt zusammen: etwa 41 Prozent Beamte, rund 20 Prozent Berufspolitiker, insbesondere die Spitzen der systemtragenden politischen Parteien, etwa 14 Prozent Vertreter der Unternehmerverbände, der Konzerne und Großbanken und des Grundbesitzes.

Die restlichen 25 Prozent sind Mittelständler, Intellektuelle, Angehörige „freier Berufe“, Bauern und sonstige. Hingegen gibt es unter den 518 Abgeordneten, wie aus offiziellen Angaben des Bundestagshandbuchs hervorgeht, keinen einzigen, der als Arbeiter tätig ist.

Die Arbeiterklasse, die mit über 63 Prozent die eindeutige Mehrheit der Bevölkerung in der BRD darstellt, ist also im höchsten gesetzgebenden Organ, im Parlament, faktisch nicht vertreten. Die Unternehmerverbände, Rüstungskonzerne und Großbanken indessen haben eine erhebliche Zahl direkter Interessenvertreter im 7. Bundestag sitzen.

Es lohnt sich, einige dieser Herren näher vorzustellen.

Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion sind beispielsweise:

Dr. Kurt Birrenbach, Aufsichtsratsvorsitzender der August-Thyssen-AG und der Thyssen Vermögensverwaltung GmbH, Mitglied des Zentralbeirats der Dresdner Bank AG und Mitglied zahlreicher weiterer Aufsichtsräte der Montanindustrie;